

CHRISTIAN LEVRAT ÜBER ZWEI BILDER DER SCHWEIZ, DIE SICH IM WAHLJAHR GEGENÜBERSTEHEN, ÜBER HERAUSFORDERUNGEN DER DIREKTEN DEMOKRATIE UND DEN UMGANG MIT JUBILÄEN.

«Die SP ist Garantin für Zusammenhalt und Offenheit»

Wir stehen am Anfang eines Wahljahres. Wie wichtig sind Wahlen in einer Zeit noch, in der zentrale Entscheide wie jene über die Zuwanderung von der Stimmbevölkerung gefällt werden?

Diese Wahlen sind sehr wichtig. Es stehen sich derzeit zwei politische Lager gegenüber, die diametral unterschiedliche Vorstellungen von der Schweiz haben. Die SVP will eine Schweiz der Abschottung und der Angst. Sie will die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen, keine Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen und sie redet unsere Institutionen seit Jahrzehnten schlecht. Wir auf der anderen Seite wollen eine Schweiz der Toleranz, eine Schweiz der Aufklärung. Am 18. Oktober wird sich entscheiden, welches der beiden Lager die Schweiz künftig prägen wird.

Wie steht es um FDP, CVP und die übrigen bürgerlichen Parteien?

Die FDP befindet sich in einer Orientierungslosigkeit historischen Ausmasses. Sie ist nicht in der Lage, sich zwischen der Schweiz der Aufklärung – zu der sie bei der Begründung des modernen Bundesstaates 1848 gehörte – und der Schweiz der Abschottung zu entscheiden. FDP-Präsident Müller ist die Verkörperung dieser Orientierungslosigkeit: Er persönlich neigt zur SVP, die 18-Prozent-Initiative hat ihn grossgemacht. Gleichzeitig weiss er, dass Teile seiner Partei mit diesem Kurs nicht einverstanden sind. Wir, die SP, sind für dieses aufgeklärte Bürgertum Garantin für Zusammenhalt und Offenheit der Schweiz.

Was ist mit der Mitte ...

Mit was?! (Lacht.)

Mit CVP, BDP, GLP ...

(seufzt) Mit der CVP haben wir in der letzten Legislatur teilweise gut zusammengearbeitet, etwa in der Energie- oder Finanzplatzpolitik. Die GLP ist ein anderes Paar Schuhe. Auch mit ihr kann man in Sachfragen ab und zu zusammenarbeiten. Wenn es um Machtfragen geht, wird es allerdings schwierig: Sowohl 2007 als auch 2011 hat Martin Bäumle bei der Bundesratswahl

Interview
Andrea
Bauer

Blocher unterstützt. Damit hat die GLP sich gegen das Lager der Aufklärung gestellt.

Der Ausgang der Parlamentswahl entscheidet darüber, ob bei der darauffolgenden Bundesratswahl die heutige Mehrheit von SP, CVP und BDP verteidigt werden kann oder ob SVP und FDP einen vierten Sitz holen ...

Ja. Der Bundesrat hat in der letzten Legislatur viele seiner Entscheide mit einer 4:3-Mehrheit gefällt. Diese Mehrheit ist in Gefahr. Es reicht, dass unser Lager im Parlament sechs Sitze an die Rechtskonservativen verliert, damit die SVP einen zweiten Bundesratssitz holt. Das ist nicht auszuschliessen, auch wenn ich optimistisch bin, was unser eigenes Wahlergebnis angeht.

Was ist das Wahlziel der SP?

20 Prozent. Dafür müssen wir jedoch einige Zehntausend Stimmen dazugewinnen.

Die SP will in diesem Wahlkampf erstmals potenzielle Wählerinnen und Wähler per Telefon mobilisieren. Nervt das die Leute nicht?

Das glaube ich nicht. Wir haben es mehrfach ausprobiert, etwa kürzlich bei den Gemeindewahlen in Thun. Die häufigste Reaktion, die wir erhielten, war: «Gut, dass Sie mich anrufen!» Es folgten interessante Diskussionen. Es reicht heute nicht mehr, Standaktionen zu machen. Die sind auch gut, aber wir müssen einen Schritt weiter gehen, auf die Leute zugehen. Ich bin sehr überzeugt von dieser Mobilisierungsform.

Welche Themen werden dieses Wahljahr dominieren?

Zuerst einmal, das wissen wir seit dem 15. Januar, die Folgen des Entscheids der SNB zum Mindestkurs. Die Aufwertung des Frankens könnte uns Tausende von Arbeitsplätzen kosten und die Schweiz in eine Rezession stürzen. Darüber hinaus sicher die Rentenreform 2020, unsere Beziehungen mit Europa, insbesondere die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative, und die Verteilungsfrage. Bei der Verteilungsfrage geht es vor allem um die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. In dieser Frage treten wir seit 15 Jahren an Ort, es gibt sogar reale





«Zur Zeit des Ancien Régime, vor 1848, herrschten ein paar Adelsfamilien über den Rest der Bevölkerung. Das will die Rechte feiern? – Ich nicht.»

Rückschritte und das können wir nicht hinnehmen. Der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» sollte im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit sein.

Du sprichst von der Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative als zentralem Thema. In früheren Wahlkämpfen hat die SP die Themen Europa und Migration eher vermieden ...

Eine Mehrheit hat am 9. Februar 2014 an der Urne entschieden, dass die Schweiz die Migration stärker selber steuern soll. Wollen wir gleichzeitig unsere Beziehungen mit der EU nicht gefährden, müssen wir die Personenfreizügigkeit verteidigen. Aus diesem Dilemma gilt es einen Ausweg zu finden. Unsere Haltung ist klar: Migration muss über Sozial- und Wirtschaftspolitik gesteuert werden. Die inländischen Arbeitskräfte müssen besser ausgebildet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und ältere Arbeitnehmende besser geschützt werden. Mit fremdenpolizeilichen Massnahmen, wie sie die bürgerlichen Parteien fordern, lässt sich keine vernünftige Migrationspolitik machen.

Rechtsnationalisten in Europa versuchen den Anschlag auf die Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» zu instrumentalisieren. Wie soll man darauf antworten?

Ich bin nach Paris gereist, um an der Grosskundgebung für «Charlie Hebdo» teilzunehmen. Was mich neben der Solidarität und der Brüderlichkeit, die vorherrschte, berührt hat, war die Angst der Menschen, dass die Ereignisse missbraucht werden. Wir haben kein Problem mit dem Islam, wie Rechtsnationalisten behaupten, sondern mit Terroristen, die sich auf eine Religion berufen. Diese Terroristen bekämpfen wir am klügsten damit, dass wir dem Islam in Europa gebührend Platz geben. Solange wir ihn wie einen Fremdkörper behandeln, nähren wir den Terrorismus. Jene, die bei der Pegida-Bewegung mitmachen, oder jene, die Minarette verbieten wollen, sind darum – objektiv betrachtet – die Verbündeten der islamistischen Terroristen.

Wie bereits angesprochen, werden heute wichtige Fragen von der Stimmbevölkerung entschieden. Vor allem die Rechte nutzt die direkte Demokratie erfolgreich für ihre Ziele ...

Simonetta Sommaruga hat in ihrer Neujahrsansprache eine wichtige Botschaft ausgesendet: Die direkte Demokratie ist ein einmaliges System. Es ist aber auch ein System, das der Bevölkerung viel Verantwortung überträgt und die Leute zwingt, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. Die direkte Demokratie macht das Volk zu einer der tragenden Institutionen des Landes – neben Parlament, Gerichten und Bundesrat. Das Volk ist Teil des Systems, und keine Berufungsinstanz gegen die Politik, wie es die Rechte deutet. Es gibt nicht auf der einen Seite das Volk und auf der anderen die Classe politique. Volksinitiativen sollten auch Grenzen haben. Die direkte Demokratie entbindet uns nicht von Menschenrechten oder vom Völkerrecht.

Du bist also der Ansicht, dass Volksinitiativen vor der Lancierung darauf überprüft werden

sollten, ob sie sich innerhalb der geltenden Rechtsordnung befinden?

Ja. Wir müssen Initiativen, die völkerrechtswidrig sind, für nichtig erklären können. Dem Parlament fehlt dazu jedoch der Mut. Die Ausschaffungsinitiative hätte für ungültig erklärt werden müssen. Bei der Durchsetzungsinitiative haben wir dafür gekämpft, am Ende wurde sie vom Parlament aber nur für teilweise ungültig erklärt. Auch die wirtschaftlich vernetzte Schweiz hat alles Interesse daran, dass internationale Verträge von allen eingehalten werden.

Die SVP hat angekündigt, im Wahljahr eine Initiative zu lancieren, die verlangt, dass die Bundesverfassung höher gewichtet wird als das Völkerrecht ...

Die Initiative wäre ein Frontalangriff auf die Menschenrechte. Ziel ist es, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen. Dabei vergisst die SVP, dass diese Konvention die Antwort der europäischen Völker auf die Grausamkeiten des Zweiten Weltkriegs war. Es wäre ein Hohn, wenn ausgerechnet zum siebzigsten Jahrestag des Kriegsendes eine Volksinitiative gegen diese Menschenrechte lanciert würde. Absurder geht es nicht.

Apropos Jubiläum: Das anstehende Jubiläum zu 500 Jahre Schlacht bei Marignano will die Rechte nutzen, um ihre Erzählung von Abschottung und Neutralität zu etablieren. Was setzt die SP dem entgegen?

Die Rechte soll Marignano ruhig feiern, es ist sogar sehr originell. Wir wären damit das einzige Land weltweit, in dem eine Niederlage gefeiert wird. Ich habe in Paris vergeblich nach einer «Gare Waterloo» gesucht, einem Bahnhof, der nach dem Ort benannt wäre, wo Napoleons Niedergang besiegelt wurde. Im Ernst: Die Erzählung der Rechten ist falsch. Marignano markiert nicht den Beginn der Neutralität, es war die letzte koordinierte Offensive der Schweiz im Ausland. Danach gab es genauso viele Schweizer Soldaten im Ausland – nur kämpften sie mit den Habsburgern, den Franzosen oder dem deutschen Kronprinzen. Die Frage ist: Welche Schweiz wollen wir? Die von Marignano oder die von 1848, als der Bundesstaat begründet wurde? Wir werden am 12. September den Gründungstag der modernen Schweiz feiern. Darauf freue ich mich. Am Tag darauf will die SVP dann Marignano feiern – das scheint mir die richtige Reihenfolge zu sein.

Bei 1848 denkt man zuerst an den Freisinn, nicht an die SP ...

Der Freisinn ist willkommen, mit uns zu feiern, wenn er sich von seiner Orientierungskrise erholt hat. Zur Zeit des Ancien Régime, vor 1848, herrschten ein paar Adelsfamilien über den Rest der Bevölkerung. Das will die Rechte feiern? – Ich nicht. Das ist nicht die Schweiz, für die wir stehen. Wir stehen für den modernen Bundesstaat von 1848, auf den die Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Struktur unseres Staats zurückgehen. Unsere Schweiz ist die der Menschenrechte, die soziale Schweiz, die sich nach dem Generalstreik entfalten konnte, die Schweiz des Friedens. ■